



Baar, 13. November 2010

Ja zur SP-Steurgerechtigkeits-Initiative

Die SP-Steurgerechtigkeits-Initiative will die Einführung von Mindeststeuersätzen für den Teil des steuerbaren Einkommens über 250'000 Franken und den Teil des steuerbaren Vermögens über 2 Millionen Franken und zwar schweizweit. Bei der Einkommenssteuer betrüge der Mindeststeuersatz 22 Prozent, beim Vermögen 2 Promille. Dies ist der einzige Eingriff in die Steuerautonomie bei den Kantonen dieser moderaten SP-Initiative. Betroffen von diesen Regelungen wären 15 Kantone und nur ein Teil der 32'000 Steuerpflichtigen aus der Steuerperiode 2007, die ein höheres Steuerpflichtiges Einkommen als 250'000 Franken haben.

Der Steuersenkungswettbewerb wird im Moment vor allen von Kantonen der Zentralschweiz und der Ostschweiz mit immer neuen Steuergesetzrevisionen angeheizt. Der Kanton Zug zieht im Moment nur nach, um weiterhin an den Spitzenposition zu verbleiben, jahrzehntelang waren wir ja an der Spitze in Sachen niedrige Steuern. Das Ziel dieser Steuersenkungen ist doch, dass möglichst viel Leute mit vielen Geldern angezogen werden soll, um deren Steuern zu kassieren. Profitieren vom Steuerwettbewerb können fast nur mobile Menschen mit viel Geld. Für Normalsterbliche ist dies oft keine Option: nicht jede und jeder kann von seiner Arbeitsstelle wegziehen, sich eine neue Bleibe und einen Umzug leisten. Der aggressive Steuerwettbewerb wirkt sich auch auf den Immobilienmarkt aus, unter denen vor allem die mittleren Einkommen zu leiden haben. Bei uns im Kanton Zug sind doch vor allem wegen des Zuzugs von sehr gut verdienenden Personen die Bodenpreise dermassen gestiegen, dass Wohneigentum für viele unerschwinglich geworden ist und die Mietzinsen nur eine Richtung, nach oben, kennen.

In der Zwischenzeit ist der schrankenlose Steuerwettbewerb auch bürgerliche Politiker nicht mehr geheuer. So liess sich der Schwyzer Nationalrat Reto Wehrli wie folgt zitieren: "Bis tief in den Mittelstand hinein beginnt sich Unmut zu regen. Eine einseitig auf Steuervorteile für Reiche ausgerichtete, angeblich bürgerliche Politik wird vom Mittelstand nicht mehr vorbehaltlos mitgetragen".

Ich stimme Ja zur SP-Steurgerechtigkeits-Initiative, weil ich für eine Beschränkung des Steuerwettbewerbes bei sehr hohen steuerbaren Einkommen und Vermögen bin.



Alois Gössi
SP-Kantonsrat, Baar